

Antworten von

Oswin Veith MdB | Ihr Bundestagsabgeordneter für die Wetterau für die CDU

Eingegangen am 31.07.2017

- Frage 1 FHBV **Sind oder waren Sie ehrenamtlich in einem Bereich der Flüchtlingshilfe engagiert? Was hat Sie bewogen dies zu tun oder auch nicht?**
- Oswin Veith Während meiner 9-jährigen Amtszeit als Bürgermeister von Butzbach und auch während meiner Zeit als Sozialdezernent des Wetteraukreises habe ich mich um viele Flüchtlingsproblematiken gekümmert. Zum Beispiel konnte ich als Erster Kreisbeigeordneter des Wetteraukreises im Jahr 2009 ein Pilotprojekt für Integrationslotsen für Familien und Migranten voranbringen. Ehrenamtlich arbeitende Lotsen in Friedberg haben Migranten geholfen, sich einfacher in der Gesellschaft zurecht zu finden. Der Kreis unterstützte das Vorhaben mit seiner Fachstelle Sonstige soziale Hilfen und Migration.
- Frage 2 FHBV **Was halten Sie von der Behauptung, dass die zivilen Seenotretter im Mittelmeer das „Geschäft der Schlepper“ betreiben würden?**
- Oswin Veith Die Vorwürfe der italienischen Behörden, zivile Seenotretter würden sich bei der Seenotrettung nicht an die Regeln halten, sollten ernst genommen werden. Meines Wissens bemühen sich die Behörden vor Ort derzeit darum, diese Vorwürfe aufzuklären. Um Vorverurteilungen zu vermeiden, sollten die Ergebnisse dieser Untersuchung zunächst abgewartet werden. Ich hoffe jedoch, dass sich die Vorwürfe der italienischen Regierung nicht bewahrheiten. Um das Sterben im Mittelmeer jedoch wirksam zu bekämpfen, müssen wir den Menschenhandel beenden und den Schleusern endlich ihr Handwerk zu legen. Wir dürfen nicht zusehen, wie Schleuser ihr schmutziges Geschäft mit der Hoffnung verzweifelter Migranten machen. Schleuser sind Verbrecher. Migranten sind für sie nur Waren, mit denen Profit gemacht werden kann, tot oder lebendig. Wir müssen daher das Geschäftsmodell der Schleuser zerstören.
- Frage 3 FHBV **Wie möchte Ihre Partei und Sie persönlich die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern bekämpfen?**
- Oswin Veith Die meisten Flüchtlinge versprechen sich eine bessere Zukunft in Europa, weil in ihren eigenen Ländern die Wirtschaft und die Infrastruktur nicht funktionieren und damit keine Zukunftsperspektiven bzw. Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Um dies zu verändern sind Investitionen notwendig. Die Bundeskanzlerin hat beim G20 Gipfel in Hamburg 300 Millionen Euro für reformorientierten Musterstaaten in Afrika in Aussicht gestellt, um so private Investoren anzulocken. Denn nur eine wirtschaftliche Entwicklung in Afrika wird Fluchtursachen und damit auch die Schleuserkriminalität bekämpfen. Dies halte ich für einen richtigen Ansatz. Nur wenn wir den Menschen in Afrika eine nachhaltige Entwicklung anbieten und wirtschaftliche und soziale Perspektiven aufzeigen, werden sich die Flüchtlingszahlen verringern. Dennoch gilt, bei der Bekämpfung der Fluchtursachen kann nur ein vernetzter Ansatz Erfolg versprechen. Das heißt, die verschiedenen Ministerien – Innen-,

Verteidigung- und auch Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, um die wichtigsten zu nennen, müssen gemeinsam an Maßnahmen arbeiten und diese aufeinander abstimmen, um den Fluchtursachen nachhaltig zu begegnen. Dieser Weg wird seit geraumer Zeit beschritten. Die Ministerien arbeiten zudem eng mit den lokalen Gemeinschaften vor Ort zusammen, so dass dieser vernetzte Ansatz aus meiner Sicht künftig Früchte tragen wird.

Frage 4 FHBV

Viele Bürgerinnen haben für geflüchtete Verwandte eine Verpflichtungserklärung abgegeben. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, dass sie nach deren Anerkennung aus der Verpflichtung entlassen würden. Trotz Anerkennung des Flüchtlingsstatus bei diesen Geflüchteten werden die verpflichteten Bürgerinnen von Seiten der Jobcenter weiterhin zur Kostenerstattung, insbesondere Sozialleistungen aufgefordert; dabei werden häufig fünfstellige Beträge fällig. Was werden Sie und ihre Partei tun, damit solche Bürgerinnen nicht über Gebühr individuell belastet werden?

Oswin Veith

Bei dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt handelt es sich um Entscheidungen und Verwaltungshandeln der einzelnen Bundesländer. Somit hat weder der Bund noch die Bundestagsabgeordneten Einfluss auf solche Entscheidungen. Ich kann mich daher dazu nicht explizit äußern. Jedoch hat sich zumindest die hessische Landesregierung bereit erklärt, jedem Einzelfall nachzugehen sowie Ansprüche derjenigen, die im Vertrauen auf die Rechtsauffassung des Landes gehandelt haben, unter wohlwollender Auslegung der Regelungen zur Amtshaftung und zur Entschädigung aus Billigkeitsgründen sorgfältig zu prüfen. Ich kann nur jedem betroffenen Verpflichtungsgeber raten sich direkt an das Ministerium zu wenden und seinen individuellen Fall zu schildern. Das hessische Innenministerium wird prüfen, ob im Zuge der Amtshaftung eine Erstattung möglich ist.

Frage 5 FHBV

Wie werden Sie die vielen tausend Ehrenamtler im Land in der Flüchtlingsarbeit in den nächsten Jahren motivieren? Haben Sie sich persönlich über die Arbeit von ehrenamtlichen Tätigen in ihrem Wahlkreis informiert und wenn ja, wie?

Oswin Veith

Ehrenamtliches Engagement ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Daher war und ist es ein Anliegen der Union, das Ehrenamt zu stärken und den gemeinnützigen Organisationen ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Bei der Förderung des Ehrenamtes hat sich die Union daher dafür eingesetzt, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ mit kommunalen Partnerschaften und einer verbesserten Ausstattung deutlich erweitert wurde. Besonders hervorzuheben ist ferner das Kooperationsprojekt „Netzwerkprogramm - Engagierte Stadt“. Das Ziel des Programms ist die strategische Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in kleineren Kommunen und Gemeinden.

Am besten unterstützen wir ehrenamtliches Engagement, indem wir es attraktiver ausgestalten. Demnach will die Union das Ehrenamt in Deutschland künftig noch stärker entbürokratisiert. Vor diesem Hintergrund hat sich die Union für die Abgrenzung des Ehrenamtes beim Thema Mindestlohngesetz stark gemacht. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Mitgliedsbeiträge von Vereinen von der Umsatzsteuer befreit bleiben und dass gemeinnützige Vereine von der Registrierkassen-Pflicht ausgenommen werden. Die Unionsfraktion wird künftig weiter daran arbeiten, dass beim

Bundeskinderschutzgesetz das erweiterte Führungszeugnis durch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ersetzt wird, um einen effektiven und praxistauglichen Schutz zu gewährleisten.

Ich bin sehr stolz darauf, dass mich viele ehrenamtliche Vereine und auch Ehrenamtler in der letzten Wahlperiode in Berlin besucht haben. Unter anderem konnte ich im Übrigen eine Besuchergruppe von Flüchtlingen vom Haus Lamane aus Friedberg in Berlin begrüßen. Gerne habe ich mit den verschiedenen Vereinen debattiert und ihnen meine Arbeit im Bundestag näher gebracht. Zudem gehört es zu meiner täglichen Arbeit im Wahlkreis regelmäßig ehrenamtlich Tätige zu besuchen und mich über deren Arbeit zu informieren.